

Integrations- und Teilhabegesetz | 05.03.2026 | Nr. 78/26

Seyran Papo: Hoher Anspruch, neue Chancen und starke Förderung durch neues Integrationsgesetz

Schleswig-Holstein will die Integration und Teilhabe von Ausländern und Staatsbürgern mit Migrationshintergrund noch stärker fördern als bisher und klare organisatorische Rahmenbedingungen dafür setzen. Zu diesem Zwecke befindet sich das Integrations- und Teilhabegesetz in der Novellierung. Seyran Papo, integrationspolitische Sprecherin, erklärt hierzu:

„Schon ein kurzer Blick in die Neufassung des Integrations- und Teilhabegesetzes macht ersichtlich, worauf der Fokus in Zukunft gelegt werden soll: Bildung, Chancen, Verantwortung. Das Gesetz versteht Integration und Teilhabe als gesamtgesellschaftlichen und wechselseitigen Prozess. Dazu gehört ausdrücklich auch die intrinsische Integrationsbereitschaft, Eigenverantwortung und Eigenleistung von Menschen mit Migrationshintergrund. Mit der Novellierung des Integrations- und Teilhabegesetzes setzen wir ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um, indem wir das Gesetz insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Gesundheit weiterentwickeln.

So wollen wir beispielsweise die frühestmögliche Einbindung in unser Schul- und Bildungssystem. Deshalb schreiben wir die Schulpflicht auch für Kinder von Asylsuchenden sowie unbegleitete minderjährige Geflüchtete fest. Im gleichen Atemzug wollen wir eine durchgängige Sprachbildung, denn Sprachkompetenz ist der wichtigste Faktor für ein erstes Ankommen in unserer Gesellschaft und später auch den Berufseinstieg. Bildung und Teilhabe sind das Fundament gelingender Integration und damit auch Schwerpunkt des Gesetzes.

Neben dem Willen zur Integration und der Anerkennung unserer gesellschaftlichen Werte und Normen braucht es gerade für potenzielle Fachkräfte sichtbare Chancen, sich einzubringen und in unserem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Deshalb wollen wir die Anerkennung informell erworbener beruflicher Kompetenzen verbessern und standardisieren. Genauso wollen wir volljährige Migranten beim Erwerb eines Schulabschlusses unterstützen. Denn wenn sich Menschen in unsere Gesellschaft integrieren und in unsere Arbeitswelt einbringen wollen, dann müssen wir ihnen die Türen öffnen und Wege aufzeigen. Das Gesetz, welches wir nun parlamentarisch beraten werden, macht genau das“, so Papo abschließend.